

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

58 (21.7.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 58.

Karlsruhe, Mittwoch den 21. Juli

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreißigstägigen Beitzelle berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

(Die Mainzer Eisenbahn. — Verwaltung. — Theilhaber. — Generalversammlung. *) — Man hat von Mainz aus vielfach den Versuch gemacht, die öffentliche Meinung in Bezug auf die Verhandlungen der letzten Generalversammlung der Mainzer-Ludwigshafener Eisenbahngesellschaft am 26. Mai irre zu leiten, indem man vortrug, es habe sich dort um ein öffentliches Interesse, um ein vaterländisches Unternehmen gehandelt, welches durch die Gewinnsucht einiger Börsenspeculanten, denen einige sonst für die allgemeinen Interessen des deutschen Vaterlandes allezeit fertigen Vorkämpfer ihren Beistand geliehen haben, gefährdet ja sogar gänzlich untergraben werden sollte. Hieran wurden vielfach ironische Seitenbemerkungen über den Werth des Liberalismus, über die erstrebte Einheit Deutschlands, über Mißbrauch der Popularität u. s. w. geknüpft, so daß man sich am Vorabend einer für ganz Deutschland wichtigen Krisis halten konnte. Allein was ist des Pudels Kern? Leidige Privatinteressen, welche die Maske des Patriotismus und des Liberalismus vornehmen, um ihr widerliches Gesicht dahinter zu verstecken. Das ist unsere Ueberzeugung, welche wir hier zu begründen versuchen wollen. Wir gehen hierbei von der Ansicht aus, daß Actionäre einer Eisenbahngesellschaft nichts Anderes sind, als Theilhaber bei einem Unternehmen, das sie für vorthellhaft, für Gewinn bringend halten; keineswegs Patrioten, welche ihr Vermögen auf den Altar des Vaterlandes niederlegen wollen. Wer sich je bei einem Eisenbahnunternehmen betheiligt hat, wird uns zugestehen, daß ihn dabei etwa die Aussicht auf eine gute Kapitalanlage oder die Hoffnung auf einen Gewinn leitete, daß er aber schwerlich daran dachte, hierdurch dem deutschen Vaterlande einen besondern Dienst zu leisten, wofür dieses ihm zu Dank verpflichtet wäre. Bei den Mainzern, freilich, da verhält sich die Sache ganz anders. Die Mainzer haben sich bei dem Unternehmen der Mainz-Ludwigshafener Eisenbahn nur aus

Liebe für das allgemeine Wohl betheiligt. Sie haben eingesehen, von welcher großer Wichtigkeit diese Bahn in politischer, strategischer und commercieller Beziehung für ganz Deutschland ist. *) Aus diesem Grund haben sie die Bahn zu einer Zeit, als die Actien aller Eisenbahnen eine schwindelnde Höhe erreicht hatten, projektiert; aus diesem Grund hat der Verwaltungsrath für sich eine halbe Million Gulden in Aktien, die er nach Belieben nehmen konnte oder nicht, reservirt; aus dem nämlichen Grund hat der Verwaltungsrath, als der Cours der Actien hoch stand, diese reservirten Actien für eigene Rechnung veräußert; aus dem nämlichen Grund sind viele Mainzer diesem edlen Beispiel der aufopferndsten Vaterlandsliebe gefolgt; aus dem nämlichen Grund haben die Mitglieder des Verwaltungsraths das besondere Vorrecht in Anspruch genommen, für die ihnen reservirten Aktien nicht haften zu müssen, während alle andere Unterzeichner für 20% haften mußten. Alle Vorstellungen der Actionäre, die Einzahlungen wegen der allgemeinen Geldklemme und der ganz ungewöhnlichen Entwerthung aller Actien und Staatspapiere auf eine günstigere Zeit zu verschieben, fanden in dem Verwaltungsrath taube Ohren; diese Herren, welche nach der gewöhnlichen Meinung nur die Mandatare der Gesammtactionäre, und darum auch berufen sind, deren Interesse im Auge zu behalten, diese Herren haben zeitig genug eingesehen, daß es hier die Vertretung höherer Interessen gelte, und darum die Einzahlungen mit unmaßstäblicher Strenge, selbst mittelst gerichtlicher Klage, beigetrieben. **) Ob sie die gleiche Strenge gegen sich selbst übten, und die 20% von den reservirten Actien einbezahlt haben, ist dem Einsender unbekannt. Deffentliche Blätter erwähnten, daß darüber ein Proceß anhängig war. Bemerkenswerth ist auch, daß man der eingezahlten Gelder nicht einmal zum Bau bedurfte, ***) denn der Bau hat heute noch nicht begonnen. Um so weniger wird man zweifeln dürfen, daß nur Patriotismus die Beschlüsse des Mainzer Verwaltungsraths diktierte. Aber selbst die reinsten Absichten werden verkannt, und die gemeinnützigste Unternehmung stößt auf Hindernisse, welche Selbstsucht und Eigennutz ihnen in den Weg legen! So ging es leider auch hier. Es gab Actionäre, welche der Meinung waren, es sei unangemessen, Einzahlungen auszusprechen, ehe man des Geldes zum Bau bedürfe; es sei rathsam, da man den Bau noch

*) Wir können diesem Aussage, der uns von der Hand eines nicht unmittelbar betheiligten, aber gut unterrichteten Freundes zukommt, die Aufnahme nicht verweigern, obgleich der Herausgeber selbst nicht für nöthig gehalten hatte, auf die gegen Hecker und ihn gerichteten Mainzer Ausfälle, die eben so falsch und ungezogen waren, wie das Benehmen vieler im Saale des Schlosses, etwas zu erwiedern. Es war voranzusehen, daß der Tumult wohl eine Abstimmung erzwingen aber nicht den Bahnbau fördern werde, und daß die Leidenschaft ihre Hegez und Träger gegen ihr eigenes wahres Interesse blind machte. Kommt nun die Mittheilung dieses Aussages etwas spät, so trifft sie doch kühlere Köpfe und hellere Augen. Wir bemerken übrigens ausdrücklich, daß wir Männern wie Kull, v. Gagen und Bernher, welche das Interesse ihrer Provinz vertheidigten, keine Vorwürfe zu machen haben, obgleich wir gewünscht hätten, daß es ihrem Einflusse gelungen wäre, die Sicherheit der Person, die Freiheit der Meinung und der Abstimmung auch für die Gegner zu erlangen.

*) Indem sie den Verkehr zwischen den Niederlanden, Frankreich (Ost- und Süd-) und der Schweiz vermittelt, wozu aber oben ein französisch-bayerisches (Straßburg-Speier) unten ein böhmisches-preussisches (Mainz-Bonn) Stück fehlt und wohl noch lange fehlen wird.

**) Während z. B. die Direction der Schweizerischen Nordbahn die Verhältnisse gebührend berücksichtigte.

***) Aber zu anderen einflussreichen Verwendungen!?

nicht begonnen habe, vorerst zu untersuchen, ob die Bahn sich auch rentiren werde, namentlich da man in Erfahrung gebracht, daß die Main-Neckarbahn nicht einmal die Betriebskosten ertrage. *) Diese notorische Thatsache wäre allerdings geeignet, auch den Vertrauenssten Besorgnisse über das künftige Erträgnis der Mainzer Bahn einzulösen. Denn diese Bahn hat, das ist nicht zu leugnen, jedenfalls außer den Dampfschiffen auf dem Rhein, auch die Konkurrenz der Main-Neckarbahn zu bestehen, und daß Parallelbahnen nicht leicht rentiren, könnte durch die beiden Versailler Bahnen nachgewiesen werden. Denken wir uns den Fall; die Main-Neckarbahn wäre wirklich, wie ursprünglich projectirt war, von einer Privatgesellschaft erbaut worden, und die Actionäre, welche jetzt eine reichliche Dividende erwarteten, sähen sich in dem Fall, entweder weitere Zuschüsse zu machen, oder den Betrieb einzustellen? Welche ungeheure Verluste wären die Folge eines solchen Zustandes! Aber dies sind kleinliche Rücksichten des Privatvortheils, gegenüber einem so patriotischen Unternehmen, — dachten die Mainzer. Die Actien standen damals 90% an der Frankfurter Börse. Wenn der Mainzer Patriotismus bis zu der Geldbörse reichte, so konnten sie die Actien mit einem Nachlaß von 10% an sich kaufen, und durch Stimmenmehrheit jeden ihnen günstigen Beschluß durchsetzen. Hier war der Fleck, wo es galt. Die Mainzer fanden aber andere Mittel, um sich dergleichen unpatriotische Geldopfer zu ersparen. Wir wollen sie nicht wiederholen, da sie in einem Artikel des Frankfurter Journals **) bereits zur Kenntniß des Publikums gebracht sind. Wenn sich Alles, was dort erzählt wird, in Wahrheit so verhält (Augenzeugen haben uns noch weit Empörenderes aus jener Generalversammlung mitgetheilt), dann hätten die Mainzer besser daran gethan, zu schweigen, als durch siegrunkene Artikel die Augen des für Wahrheit und Gerechtigkeit stets empfänglichen Publikums auf jene schwachvollen Scenen zu lenken. Wahrhaft unbegreiflich bleibt aber die Wuth, mit der man, nachdem doch der Zweck erreicht war, achtbare Männer in den Roth zu ziehen versucht, weil sie es wagten, andere Ansichten zu vertreten, als die Mainzer. Aber Letztere behaupten, es habe sich hier um Sein oder Nichtsein ihrer Stadt gehandelt, sie hätten daher ein öffentliches Interesse vertreten, die Gegner aber ein solches bekämpft. Das ist wohl der Cardinalpunkt der Mainzer Argumentation, in jeder andern Beziehung sind sie im offenbarsten Unrecht, in diesem Punkt können sie wenigstens ein löbliches Motiv für sich anführen, wenn auch ihre Handlungsweise dadurch keineswegs gerechtfertigt wird. Denn der Zweck heiligt nicht die Mittel. Ist der Bahnbau wirklich eine Lebensfrage für Mainz, so mögen die Mainzer in ihren eigenen Beutel greifen und die Bahn bauen; haben sie die Mittel nicht, so können sie auf jede loyale Weise diese herbeizuschaffen suchen. Aber wie kann man Frankfurter, Darmstädter, Mannheimer, Heidelberger, überhaupt fremde Actionäre durch brutale Gewalt zwingen wollen, für die Interessen der Stadt Mainz eine Bahn zu bauen. Wie kann man diesen fremden Actionären ein Verbrechen daraus machen, daß sie den Interessen der Stadt Mainz keine solche Opfer bringen wollen? Wie können namentlich

*) Man kannte auch den Stand der Actien der Elsäßer Bahn, welche günstigere Verhältnisse als die Mainz-Ludwigshafener Lokalbahn, und keine Konkurrenz mit der Dampfschiffahrt hat.

**) Theilweise auch in der Allgemeinen Zeitung.

die Mainzer hierin irgend etwas Tadelnswerthes erblicken, da sie selbst vor wenigen Jahren es bei der heftigen Kammerdurchgehung haben, daß für die Erbauung der Main-Neckarbahn die Bedingung, daß sie nicht in Mannheim einmünden dürfe *) , gesetzt wurde. Was dem Einen recht, ist dem Andern billig. Die Mainzer, welche gegen eine Schwesterstadt in dieser lieblosen Weise verfahren, könnten sich nicht beschweren, wenn man jetzt gerade so gegen sie verfahren wäre. Aber unseres Wissens ist in der Generalversammlung kein anderer Antrag als der von Mathy zur Abstimmung gebracht worden, dahin gehend, daß vor Beginn des Baues eine Zinsgarantie von Seiten des Staats nachgesucht werde. In diesem Antrag hat das misstrauische Auge der Mainzer die Aussicht erblickt, den ganzen Bahnbau zu hintertreiben. Wer aber unterfangen die jetzigen Geldverhältnisse, den niedrigen Stand der meisten Eisenbahnactien, das Unsichere des Bahnerträgnisses, zumal nach den bei der Main-Neckarbahn gemachten Erfahrungen, endlich die durch das Verwerfen des Frankenthaler Vertrags bewirkte Ungewissheit über die Fortsetzung der Bahn von der bayerischen Grenze bis Ludwigshafen **) prüft, der wird Mathy's Antrag durchaus den Interessen der Actionäre für angemessen finden, ohne daß die Interessen der Stadt Mainz dadurch verletzt wären. Es folgte die Zinsgarantie, so war der Bahnbau gesichert; es folgte sie nicht, so war noch immer möglich, daß die Zeitverhältnisse sich unterdessen gebessert und die Actionäre den Bahnbau in ihrem eigenen Interesse beschlossen hätten. War das nicht der Fall, so stand den Mainzern frei, die Actien zu kaufen und sich die Mehrheit zu sichern. Dieses Verfahren wäre jedenfalls loyaler und nach unserer Ueberzeugung im Interesse des wirklichen Bahnbauwesens auch vortheilhafter gewesen, als der durch Brutalität herbeigeführte Beschluß, dem nach Mainzer Berichten nur 1042 von 2100 gegenwärtigen oder vertretenen Stimmen zugestimmt haben. Wo ist denn hier die gerühmte Majorität? ***) Die nächste Folge des Mainzer Verfahrens ist ein Verfall, in den das ganze Unternehmen bei Allen, welchen „des Pöbels Geschrei“ noch nicht den Sinn für Recht gefangen genommen hat, gekommen ist; dann steht ein Prozeß bevor; endlich sollen die mißhandelten Actionäre Willens sein, nicht weiter einzuzahlen — eine Verbindlichkeit für sie ist nicht vorhanden — woher soll unter den jetzigen Verhältnissen das Baukapital genommen werden? Der Bau wird daher für jetzt nicht unternommen, oder wenn auch angefangen, nicht fortgesetzt werden können; es dürfte kaum ein Jahr vergehen, so werden die Mainzer selbst einsehen, wie thöricht sie gehandelt, und wenn wirklich Wohl oder Wehe

*) Dessen ungeachtet haben Mannheimer Blätter, um ihr patriotisches Mäthchen an Hecker und dem Herausgeber dieses Blattes zu fühlen, mit den Mainzer Tumultuanten Chorus gemacht, und sich dadurch noch viel stärker beschimpft, als die Mainzer sich blamirten.

**) Und der Verbindungen mit der Elsäßer und der rheinischen Bahn.

*** Die Mainzer freuten sich der geringen Majorität von nur 60 Stimmen. — Dies ging so zu. — Man stimmte öffentlich, mit Namensaufruf, an zwei verschiedenen Tischen, an dem einen mit „Ja“, an dem andern mit „Nein.“ Wer nun mit Ja (für den Antrag auf Garantie) stimmte, sah sich bedroht und Mißhandlungen ausgesetzt. Es stimmten daher nur die Ersten, deren Namen mit A anfiengen diese vertraten die 60 Stimmen der Minorität, die übrigen entfernten sich, „trotz der bestehenden Gefahr,“ ohne zu stimmen. Ohne äußere Gewalt wäre vermuthlich der Antrag auf Zinsgarantie durchgegangen.

der Stadt von diesem Bau abhängt (eine Ansicht, die wir nicht im Geringsten theilen), daß sie selbst den Ruin ihrer Stadt verschuldet haben.

Vom Rhein, im Juli. (Das Geometerfach.) In dem Kreise der praktischen Geometer regt sich für die Förderung ihrer Berufszwecke und Zustände eine nicht geringere Thätigkeit, als bei anderen wissenschaftlichen, künstlerischen und gewerblichen Fächern. Die Zusammenkunft der Geometer des Landes in Freiburg liefert einen Beweis dafür. Alle waren von dem Gefühle der Nothwendigkeit durchdrungen, daß etwas Erhebliches für das Fach in Bälde geschehen müsse, wenn es nicht zurückkommen soll. Als Grundursachen der zeitweiligen Geschäftslosigkeit mancher Geometer wurden allgemein das Herbeiziehen von Fremden, so wie die Ueberschreitungen der Feldmesserlicenz angesehen, und Schritte beschossen, um dem Uebelstand bald vorzubeugen. Ferner wurden bei diesem Anlasse Vorschläge wegen Eintheilung und Prüfung der geometrischen Arbeiten gemacht; eine Commission ist beauftragt, bei der großherzoglichen Regierung die geeigneten Anträge zu begründen. Endlich wurde auf die Wichtigkeit des Kunstwiesenbaues für die geometrische Praxis hingewiesen und den Fachgenossen dringend ans Herz gelegt, diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit mehr als bisher zu widmen. Es liegt unstreitig in dem Interesse des Publikums nicht minder als in jenem der Geometer, daß die Regierung diesem Fache größere Fürsorge widme; man wird dann wohl nicht mehr von dem Mangel an tüchtigen Männern in demselben sprechen hören.

Vom Rhein, 17. Juli. Der Deutsche Zuschauer von heute schreibt in einem Artikel über die gegenwärtige Verwaltung in Baden: „Das Ministerium Bekk hat in den Monaten September, Oktober, November, da es noth that, Maßregeln für den kommenden Winter zu treffen, nichts gethan, und seither sehr wenig Gutes und manches Verfehrte.“ — Für das Nichtsthun in den genannten Monaten hatte das Ministerium Bekk einen sehr guten Grund, nämlich den, daß es noch nicht vorhanden war. Die Ernennung desselben ist im Regierungsblatt vom 19. Dezember zu lesen. Die Anklage des Deutschen Zuschauers trifft also in diesem Theile die frühere Verwaltung. Jedem das Seinige, und Gerechtigkeit auch für die Minister! —

In Hamburg fühlen die Gewerbe so gut wie anderwärts das Bedürfnis, aus den zu eng gewordenen Schranken des Zunftwesens herauszutreten. Alle 10 Jahre soll das Kemterreglement (die Zunftverfassung) durchgesehen werden, und um eine Verbesserung für den nächsten Termin im Jahre 1850 vorzubereiten, hat sich aus Zunft- und Freimeistern, Gesellen und andern Personen ein Verein unter dem Namen der „freien Innung“ gebildet. Zugleich ist der Verein bemüht, praktische Versuche zu machen und gibt eine Schrift heraus, worin die Ergebnisse seiner bisherigen Berathungen niedergelegt sind. Hiernach sollen die Innungen, als freie Vereine der Gewerbsgenossen, ihre Thätigkeit hauptsächlich auf folgende Gegenstände richten: 1) Prüfung der eintretenden Handwerker, die nicht schon Meister sind, durch Commissionen; die Handwerker werden nach dem Rohstoff, den sie verarbei-

ten, eingetheilt und dadurch die Zahl bedeutend vermindert; Ungeprüfte können ihr Gewerbe ebenfalls treiben, genießen aber nicht die Vortheile der Innung. 2) Einrichtung gemeinschaftlicher Werkstätten. 3) Gemeinsame Anschaffung von Rohstoffen. 4) Einrichtung von Magazinen und Ausstellungen. 5) Einrichtung einer Gewerbsbörse. Diese Anstalten dienen zum Schutze der Arbeit gegen die Uebermacht des Kapitals durch Vereinigung der Kräfte. 6) Berathende Sonntagsversammlungen, um Vorschläge, Erfahrungen, Verbesserungen u. s. w. mitzutheilen. 7) Sonntagschulen. 8) Unterstützungskassen für die Aermern, Sterbeladen u. dgl. — Die freie Innung macht keinen Unterschied zwischen zünftigen und nicht zünftigen, zwischen christlichen und jüdischen Arbeitern.

(Nachtrag zu dem Beitrag zur Lehre von der Polizeistrafgewalt in No. 54 dieses Blattes.) Wir sind veranlaßt, der gedachten Erzählung nachträglich beizufügen, daß der von dem Kirschenfeste zu B. heimgefahrne Assessor und der ungalante Bauer keine Angehörigen eines Amtes im Odenwalde sind, indem das betreffende Amt nicht auf dem rechten Ufer des Neckars liegt.

Verschiedenes.

— Der „Pfälzische Volksfreund“, ein ultramontanes Blatt, welches unter dem Ministerium Abel in der Rheinpfalz spukte, ist, wie es selbst anzeigt, aus Mangel an Theilnahme, eingegangen.

— In Darmstadt haben 110 Personen, meist arme Familienväter, welche eine Zahl von ungefähr 400 Köpfen vertreten, den Gemeinderath gebeten, sie auf städtische Kosten nach Amerika bringen zu lassen. Die Stadt wird vermuthlich den Aufwand von 20 bis 24,000 fl. scheuen, aber das Beispiel zeigt wieder die Nothwendigkeit einer Leitung der Auswanderung.

— Aus dem nichts weniger als überfüllten Mecklenburg sind im vorigen Jahre Auswanderer nach dem Hafen Adelaide in Südastralien gezogen und die von ihnen eingelaufenen günstigen Berichte ziehen mehrere nach. Aus den Städten Hagenow und Wittenburg wollen gegen 80 Personen fort.

— Die österreichische Verwaltung hat angeordnet, daß vom 20. d. M. die Briefpost von Wien und einem Theile der Monarchie nach Großbritannien über Breslau, Berlin und Hamburg geht. Durch Benützung der Eisenbahnen kommen die Briefe einen Tag früher an, als auf dem Wege durch Frankreich; wenn die Postdampfboote in Hamburg am Mittwoch und Samstag rechtzeitig erreicht werden, beträgt der Unterschied sogar 48 Stunden.

— Der Landtag von Sachsen-Meiningen, welcher drei Monate versammelt war, ist am 1. Juli aufgelöst worden, ohne daß eine Vereinbarung mit der Regierung über den Finanzetat zu Stande kam.

— In Lyon wurde bei den „Brüdern der christlichen Lehre“ (Ignorantinen) Hausfuchung vorgenommen und eine geheime Presse entdeckt. Im Jesuitenloster suchte die Polizei ebenfalls, fand aber nichts.

— Auf der rheinischen, belgischen und französischen (Nord-) Bahn zahlen Auswanderer auf der ganzen Strecke von Köln bis zum Einschiffungsorte Antwerpen oder Havre (über Paris) für einen Platz dritter Classe 30 Prozent unter dem Tariffsat, für Kinder die Hälfte, das Gepäck ist frei.

— H. v. Beckerath hat von der israelitischen Gemeinde zu Grefeld eine reich verzierte Dankadresse erhalten; in seiner Antwort an die Ueberbringer bemerkte er: das Geschenk nehme er für seine Kinder, welche die Zeit erleben werden, wo das Glaubensbekenntniß keine bürgerliche Einschränkung mehr begründe, als Erinnerung, daß ihr Vater einst für die Gleichstellung der Israeliten sprach und kämpfte.

— In Hüttner's Beiträgen zur Kenntniß des deutschen Post(un)wesens wird berichtet, daß der deutsche Postcongrès „demnächst“ in Dresden stattfinden soll. Oestreich und Preußen haben die Sache eingeleitet, Bayern, Sachsen, Baden, Thurn und Taxis haben sich sofort einverstanden erklärt. Die Gegenstände der Verhandlung sind hauptsächlich: Aufhebung des Transitvortos, einheitliche Bestimmungen hinsichtlich des Zeitungsporto, des Expeditionswesens, der Postvorschuße, der Baarzahlungen, eines Meilenmaßes, eines Gewichtes und einer Berechnungsmünze. — In Hamburg soll am 15. November ein Zusammentritt der deutschen Eisenbahndirectionen stattfinden, um in die Fahrtenpläne, Tarife u. dgl. mehr Uebereinstimmung zu bringen.

— In Hamburg wird am 1. und 2. October eine Versammlung deutscher Anwälte stattfinden (wenn sie nicht wieder verboten wird).

— Der Landtag des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen wurde am 28. Juni eröffnet und die Regierung kam den Ständen mit dem Vorschlag, die Protokolle als Beilage zu den beiden amtlichen Blättern des Landes zu veröffentlichen, entgegen. Das hat der Wind von Berlin gebracht.

— Einer der Angeklagten in dem Prozesse Cubieres, Pelapra, ist entflohen; er ist ein Mann von 80 Jahren und 10 Millionen und soll sich zu seinem Schwiegervater, dem Fürsten von Chimay, nach Belgien begeben haben.

— In Rom zeigte sich bei dem Jahresfeste der Papstwahl große Erbitterung gegen die Jesuiten. Neben dem Bilde ihres Stifters Loyola wurde das Bildniß des Papstes Clemens XIV., welcher den Orden aufhob, vertheilt.

— Die reisenden Handwerksgejellen haben an der Berliner Polizei etwas zu loben gefunden. Es ist nämlich dort ein eigenes Bureau errichtet worden, um sie schneller zu befördern. Während der Handwerker sonst eine Woche lang auf seine Schriften warten mußte, wird er jetzt in wenig Stunden abgefertigt.

— In Grefeld werden Unterschriften gesammelt, um dem neuerbauten Schiffe „Beckerath“ eine prachtvolle schwarzroth-goldene Flagge nach Bremen zu senden. Das Schiff wird etwa fünfzig Bergleute nach Südastralien bringen.

— In Rom ist eine Bürgergarde von 14 Bataillonen (7000 Mann) errichtet worden. Der Erlass erregte große Freude, und die Erwartung, daß die Schweizertruppen nicht lange mehr beibehalten werden.

— Dem Stadtrath von Bamberg wurde zugemuthet, eine Deputation nach Brückenau zu senden, um die Lola Montez für die Unannehmlichkeiten, welche ihr in Bamberg widerfahren um Verzeihung zu bitten. Der Stadtrath hat die Zumuthung

einstimmig abgelehnt, weil ihn die Vorfälle nicht berührten. Dafür wird nun das Gerücht verbreitet, die Eisenbahn über Würzburg nach Frankfurt solle nicht von Bamberg, sondern von Nürnberg aus gebaut werden. Dies ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da der Bau von Bamberg aus mit den Ständen vereinbart ist.

— Die Verhandlungen über das Budget in der französischen Deputirtenkammer bringen eine Menge von Betrügereien und Unterschleifen an den Tag. Am 6. Juli erhob der Abg. Lanjuinais (Generalprocurator) gegen den Direktor des Kriegsministeriums Cyrard St.-Jean, der als Regierungscommissär in der Sitzung war, die Anschuldigung, daß er die Betrügereien des Lieferanten Venier, welcher den Staat um etwa 400,000 Franken prellte, begünstigt und einen Unterbeamten, Terrier, welcher die Sache angezeigt hatte, um den Dienst gebracht habe. Venier ist inzwischen gestorben und sein Sohn mit dem Raube ins Ausland geflüchtet. Der verblüffte Ministerialdirektor hob die Schuld auf den Intendanten, dieser (Boissy-d'Anglas) gab die Beschuldigung zurück und erzählte nun weitere Umstände über das strafbare Einverständnis des Direktors mit dem Lieferanten. Es entstand ein heftiger Sturm in der Kammer. Die Minister schwiegen. Die Berathung wurde vertagt. Der Kammer ist das Project einer Anleihe von 350 Millionen Franken vorgelegt worden. Das deckt noch nicht die Hälfte des Defizit.

— Eine vor kurzem gegründete Colonie von Webern, Strumpfwirkern und Handarbeitern bei Chemnitz ist aus der lutherischen Kirche zur Deutschkatholischen übergetreten, weil die umliegenden Gemeinden sich weigerten, ihre Kinder in die Schulen aufzunehmen, Aufgebot, Trauung und Begräbniß zu gestatten, und zwar — wegen der großen Armut der Kolonisten!

— Das allgemeine Fest, welches den rheinischen Deputirten in Düsseldorf gegeben werden sollte, ist von der Regierung verboten worden, unter Berufung auf den Bundesbeschluß von 1832, welcher politische Volksfeste verbietet (auch auf Schleswig-Holstein von den Dänen und gegen Turnvereine anderwärts gebraucht wird).

— General Orivas hat sich durch das schnelle Anrücken griechischer Regierungstruppen genöthigt gesehen, nach der jonischen Insel Sta. Maura zu flüchten.

— In der hessischen Zeitung wird gerathen, von Kartoffelarten, welche Samenäpfel tragen, die Blüthe abzubrechen; der Ertrag werde dadurch verdoppelt, indem die Kartoffeln die doppelte Größe erreichen; dagegen werde der Ertrag bedeutend vermindert, wenn man das Kraut abschneide.

— Aus Galizien kommen schauerhafte Berichte von der Hungersnoth, welche Hunderte von Menschen weggräbt. In ganzen Bezirken sind Gräser und Wurzeln die einzigen Nahrungsmittel, welche aber nicht nähren, sondern tödten.

— Für die Germanistenversammlung, die vom 27. — 29. September in Lübeck stattfinden wird, sind Vorträge angezeigt über die altnordische Literatur, über die älteste Poesie und das Epos (auf germanisch Heldengedicht) zur Zeit der Völkerwanderung, über die alte Geschichte der Hanse, endlich auch über deutsches Bürgerrecht. Gar zu viel über die Vergangenheit und wenig über die Gegenwart!

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung.